

# Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort</i> .....	VII
<i>Abkürzungsverzeichnis</i> .....	XV

## Teil 1

### Rechtstheoretische Grundlagen

A. Der Begriff der Akzessorietät .....	2
B. Zielsetzung und Gang der Untersuchung .....	3
C. Die Basis der Untersuchung: Das Akzessorietätsphänomen .....	4
I. Die Akzessorietät des Rechts im Allgemeinen .....	4
1. Die in Frage kommenden Bezugsgegenstände des Akzessorietäts- verhältnisses .....	4
a) Annäherung an die Begriffe „Recht“ und „Wirklichkeit“ .....	5
aa) Zum Rechtsbegriff .....	5
bb) Zum Wirklichkeitsbegriff .....	5
cc) Zur Notwendigkeit der Differenzierung zwischen Recht und Wirklichkeit .....	5
b) Die begriffliche Basis der weiteren Untersuchung .....	6
2. Die Akzessorietät des Rechts zur Wirklichkeit .....	7
a) Auseinandersetzung mit möglichen Einwänden .....	7
aa) Systemtheoretische Einwände gegen eine Akzessorietät des Rechts zur Wirklichkeit .....	8
(1) Recht als soziales System .....	8
(2) Recht als selbstreferentielles autopoietisches System ..	9
(3) Relativierungen der Autonomie des Rechtssystems ...	9
(4) Konsequenzen für die These einer Akzessorietät des Rechts zur Wirklichkeit .....	11
bb) Verfassungsrechtliche Einwände gegen eine Akzessorietät des Rechts zur Wirklichkeit .....	11
cc) Einwand der Kontrafaktizität des Rechts .....	13
dd) Zwischenergebnis .....	13
b) Akzessorische Wirklichkeitsbereiche .....	14
aa) Politik .....	14
bb) Wirtschaft .....	16
cc) Technische Entwicklung .....	17
dd) Kultur und Zeitgeist .....	18
ee) Moral .....	19

ff) Zeit . . . . .	19
gg) Sprache . . . . .	20
c) Zwischenergebnis . . . . .	22
3. Die Akzessorietät des Rechts zum Recht . . . . .	22
a) Gesetzliche Verweisungen (i.w.S.) . . . . .	22
b) Weitergehende Rechtsakzessorietät kraft eines übergeordneten Prinzips der „Einheit“ bzw. „Widerspruchsfreiheit der Rechts- ordnung“ . . . . .	23
aa) Die Figur der „Einheit der Rechtsordnung“ in Wissenschaft und Rechtsprechung . . . . .	24
(1) Einordnung . . . . .	25
(2) Herleitung . . . . .	29
(3) Adressierung . . . . .	32
(4) Zusammenfassung . . . . .	34
bb) Kritik und eigener Ansatz . . . . .	34
(1) Die Einheit der Rechtsordnung innerhalb einer Ebene . . . . .	35
(2) Die Einheit der Rechtsordnungen im Mehrebenen- system . . . . .	39
(3) Auseinandersetzung mit naheliegender Kritik . . . . .	40
„Subsumtionsautomaten“ . . . . .	41
(4) Folgerungen aus der Einheit der Rechtsordnung . . . . .	43
c) Zwischenergebnis zur Akzessorietät des Rechts zum Recht . . . . .	55
II. Die Akzessorietät insbesondere des Strafrechts . . . . .	57
1. Der Begriff des Strafrechts . . . . .	57
2. Die Akzessorietät des Strafrechts zum außerstrafrechtlichen Recht . . . . .	57
a) Vollständige Autonomie des Strafrechts . . . . .	58
b) Vollständige Akzessorietät des Strafrechts . . . . .	59
c) Teilweise Akzessorietät des Strafrechts . . . . .	62
d) Wechselseitige Akzessorietät . . . . .	64
e) Stellungnahme . . . . .	65
aa) Akzessorietät und Einheit der Rechtsordnung . . . . .	65
bb) Subsidiaritätsgrundsatz . . . . .	66
(1) Allgemeines . . . . .	66
(2) Reichweite des Subsidiaritätsgrundsatzes . . . . .	67
(3) Der eingeschränkt auslegungsbezogen-subsidiäre Charakter des Strafrechts . . . . .	70
cc) Auslegungsbezogene Subsidiarität, sekundärer Charakter und Akzessorietät des Strafrechts . . . . .	73
dd) Umfang der Akzessorietät . . . . .	74
3. Die Akzessorietät des Strafrechts zur Wirklichkeit . . . . .	75
4. Akzessorietät des Strafrechts zum Strafrecht? . . . . .	76

5.	Akzessorietät strafrechtlicher Begriffe? . . . . .	78
a)	Begriffsakzessorietät kraft gesetzlicher Anordnung . . . . .	79
b)	Strafrechtliche Begriffsbildung außerhalb gesetzlicher Anordnung . . . . .	79
aa)	Das semiotische Dreieck und seine Anwendung auf Normtexte . . . . .	80
bb)	Die Kontextabhängigkeit der Begriffsbildung . . . . .	81
cc)	Die Leistungsfähigkeit des Wortlauts als Auslegungsgrenze . . . . .	82
(1)	Kritische Stimmen . . . . .	82
(2)	Literarische „Rettungs“-Versuche . . . . .	83
(3)	Notwendigkeit einer Reformulierung des „Analogie“-Verbots . . . . .	84
dd)	Konsequenzen für die Möglichkeit strafrechtlicher Begriffsakzessorietät außerhalb gesetzlicher Anordnungen . . . . .	85
6.	Die Akzessorietät des (deutschen) Strafrechts zum ausländischen Recht . . . . .	86
III.	Die Akzessorietät des Wirtschaftsstrafrechts . . . . .	87
1.	Der Begriff des Wirtschaftsstrafrechts . . . . .	87
a)	Der historische Hintergrund der Frage nach dem Begriff des Wirtschaftsstrafrechts . . . . .	87
b)	Gesetzgeberische Definitionsansätze . . . . .	89
c)	Literarische Definitionsansätze . . . . .	90
aa)	Kriminologische Definitionsversuche . . . . .	90
(1)	Täterbezogene Begriffsbestimmung . . . . .	90
(2)	Opfer- bzw. schadensbezogene Begriffsbestimmung . . . . .	91
(3)	Tatbezogene Begriffsbestimmung . . . . .	91
bb)	Strafrechtsdogmatische Definitionsversuche . . . . .	92
(1)	Akzessorietätsbezogene Ansätze . . . . .	92
(2)	Rechtsgutsbezogene Ansätze . . . . .	92
(3)	Angriffsbezogene Ansätze . . . . .	93
(4)	Der differenzierende Ansatz Lampes . . . . .	94
cc)	Der wirtschaftswissenschaftliche Ansatz Mansdörfers . . . . .	94
d)	Entwicklung eines eigenen Wirtschaftsstrafrechtbegriffs . . . . .	96
aa)	Strafrecht unter dem Einfluss der wirtschaftsbezogenen Öffnungsklauseln . . . . .	96
bb)	Vergleich dieses Ansatzes mit den übrigen Auffassungen in der Literatur . . . . .	98
cc)	Nähere Konkretisierung des Wirtschaftsstrafrechtbegriffs . . . . .	100
(1)	Unternehmensinterne Straftaten/Straftaten gegen das Unternehmen . . . . .	100
(2)	Einbeziehung des Verbraucherschutzstrafrechts? . . . . .	101

2. Die Akzessorietät des Wirtschaftsstrafrechts zur Wirklichkeit . . . .	102
3. Die Akzessorietät des Wirtschaftsstrafrechts zum übrigen Recht . .	102
D. Zusammenfassung der Ergebnisse des ersten Teils . . . . .	103

**Teil 2**

**Die Begründung des Akzessorietätsverhältnisses**

A. Der Gegenstand des Akzessorietätsverhältnisses . . . . .	106
I. Tatbestand . . . . .	107
II. Rechtswidrigkeit . . . . .	107
III. Schuldhaftigkeit . . . . .	108
IV. Schwierige Abgrenzungsfälle und die Relevanz der Differenzierung .	109
1. Auswirkungen der Einordnung für das Akzessorietätsverhältnis . .	109
2. Grenzfälle zwischen Tatbestand und Rechtswidrigkeit . . . . .	109
a) Behördliche Genehmigungen . . . . .	110
aa) Die vertretenen Auffassungen bzgl. der deliktskategori-	
schen Einordnung . . . . .	110
(1) Generelle Einordnung als Tatbestandsausschließungs-	
grund . . . . .	110
(2) Generelle Einordnung als objektive Bedingung der	
Strafbarkeit . . . . .	111
(3) Generelle Einordnung als Rechtfertigungsgrund . . . . .	112
(4) Differenzierung nach dem geschützten Rechtsgut . . . . .	112
(5) Differenzierung nach dem verwaltungsrechtlichen	
Charakter der Genehmigung . . . . .	112
(6) Differenzierung nach der Art der Formulierung im	
Normtext . . . . .	113
bb) Kritik und Entwicklung einer eigenen Auffassung . . . . .	113
b) Rechtliche Relevanz und Missbilligung der Gefahr im Rahmen	
der objektiven Zurechnung . . . . .	114
c) Sozialadäquanz . . . . .	117
aa) Annäherung an den Begriff der Sozialadäquanz und	
Verhältnis zum erlaubten Risiko . . . . .	117
bb) Die zur deliktssystematischen Verortung vertretenen	
Ansichten . . . . .	118
(1) Verortung in der Schuldhaftigkeit . . . . .	119
(2) Verortung in der Rechtswidrigkeit . . . . .	119
(3) Verortung im subjektiven Tatbestand . . . . .	120
(4) Verortung im objektiven Tatbestand . . . . .	120
(5) Beschränkung auf den Bereich beruflicher Verhaltens-	
weisen . . . . .	121

cc) Entwicklung einer eigenen Auffassung . . . . .	121
(1) Grundvoraussetzungen der Berücksichtigung der Sozialadäquanz tatbestandlichen Verhaltens . . . . .	122
(2) Verortung im Deliktsaufbau . . . . .	123
(3) Konsequenzen speziell für das Wirtschaftsstrafrecht . .	124
B. Das Objekt des Akzessorietätsverhältnisses . . . . .	124
I. Außerrechtliche Sätze . . . . .	124
II. Rechtliche Sätze . . . . .	125
1. Differenzierung nach der Rechtsebene . . . . .	125
a) Bundesrecht . . . . .	125
b) Landesrecht . . . . .	125
c) Kommunales Recht . . . . .	126
d) Recht der Europäischen Union . . . . .	126
e) Völkerrecht . . . . .	126
2. Differenzierung nach der Rechtsform . . . . .	126
a) Förmliches Gesetz . . . . .	127
b) Rechtsverordnung . . . . .	127
c) Satzungen . . . . .	128
d) Unionsrechtliche Rechtsformen . . . . .	128
aa) Verordnungen . . . . .	128
bb) Richtlinien . . . . .	129
cc) Rahmenbeschlüsse . . . . .	129
e) Völkerrecht . . . . .	129
f) Verwaltungshandeln . . . . .	130
g) Rechtsprechung . . . . .	131
h) Private Rechtssetzung . . . . .	131
C. Die Art und Weise der Begründung des Akzessorietätsverhältnisses . . .	131
I. Überblick über die gemeinhin unterschiedenen Formen der Akzesso- rietätsverhältnisse . . . . .	132
1. Blanketttatbestände . . . . .	132
2. Normative Tatbestandsmerkmale . . . . .	135
3. Gesamttatbewertende Merkmale und Komplexbegriffe . . . . .	137
4. Generalklauseln . . . . .	139
II. Revision der Differenzierungen im Lichte der bisherigen Untersu- chungsergebnisse . . . . .	141
1. Die Differenzierung zwischen deskriptiven und normativen Tatbestandsmerkmalen . . . . .	141
a) Streitstand . . . . .	141
aa) These der absoluten Trennbarkeit . . . . .	141
(1) Differenzierung nach der Bestimmtheit des Merkmals . . . . .	141
(2) Differenzierung nach dem Subsumtionsstoff . . . . .	142

(3) Differenzierung nach der sinnlichen Wahrnehmbarkeit . . . . .	142
(4) Differenzierung nach dem Verhältnis zur Rechtswidrig- keit . . . . .	142
(5) Differenzierung nach der Wertungskomponente . . . . .	143
(6) Differenzierung nach der logischen Voraussetzung einer anderen Norm . . . . .	144
(7) Differenzierung nach dem Vorhandensein einer emoti- ven Komponente . . . . .	144
(8) Differenzierung nach den in Bezug genommenen Eigenschaften . . . . .	145
bb) These der normativen Elemente deskriptiver Tatbestands- merkmale . . . . .	146
cc) These der Ausschließlichkeit deskriptiver Tatbestandsmer- kmale . . . . .	146
dd) These der Ausschließlichkeit normativer Tatbestandsmer- kmale . . . . .	146
ee) These der wechselseitigen Überschneidung bzw. Ununter- scheidbarkeit . . . . .	147
ff) Differenzierung nach verschiedenen Bedeutungen des Begriffs „normativ“ . . . . .	148
b) Stellungnahme . . . . .	148
2. Die Differenzierung zwischen normativen Tatbestandsmerkmalen und Blanketttatbeständen . . . . .	150
a) Streitstand . . . . .	151
aa) Formale Abgrenzungskriterien . . . . .	151
(1) Ausfüllungsbedürftige Normen . . . . .	151
(2) Kompetenzsprung durch die Verweisung . . . . .	152
bb) Materielle Abgrenzungskriterien . . . . .	152
(1) Rechtsprechung . . . . .	152
(2) Lange . . . . .	154
(3) Warda, Netzler, P. Backes . . . . .	154
(4) von der Heide, J. Bachmann, Fissenewert . . . . .	155
(5) Weidenbach . . . . .	156
(6) Jakobs . . . . .	157
(7) Puppe, Lauer . . . . .	158
(8) Tiedemann, Enderle . . . . .	159
(9) Schuster . . . . .	160
cc) Keine Abgrenzbarkeit . . . . .	163
b) Stellungnahme . . . . .	164
3. Gesamttatbewertende Merkmale und Komplexbegriffe . . . . .	166
D. Zusammenfassung der Ergebnisse des zweiten Teils . . . . .	167

### Teil 3

#### Die Begrenzung der Akzessorietät und ihre Folgen

A. Anknüpfungspunkte einer Akzessorietätsbegrenzung	170
I. Kompetenzbezogene Akzessorietätsbegrenzungen bei Verweis auf formelle Gesetze und EU-Rechtsakte	171
1. Fehlende Rechtssetzungskompetenz in Bezug auf die Primärnorm	172
a) Bundesrechtliche Sanktionsnorm	172
aa) Ungeschriebene Primärnorm	172
bb) Landesrechtliche Verhaltensnorm	173
cc) Unionsrechtliche Verhaltensnorm	173
dd) Völkerrechtliche Primärnorm	175
b) Landesrechtliche Sanktionsnorm	175
2. Fehlende Rechtssetzungskompetenz in Bezug auf das Strafrecht	175
a) Strafnormen des Bundes	177
aa) Inbezugnahme von Regelungen in Landesgesetzen	177
bb) Verweisungen auf Recht der Europäischen Union	179
(1) Strafgesetzgebungskompetenz der Union?	179
(2) Konsequenzen für die Legitimation von Verweisungen auf EU-Verordnungen	181
cc) Verweisungen auf Völkerrecht	182
b) Strafnormen der Länder	182
II. Kompetenzbezogene Akzessorietätsbegrenzungen bei Verweis auf Rechtsakte der Exekutive und der Judikative	182
1. Verweisung auf Rechtsverordnungen	183
a) Verstoß gegen das Rechtsstaatsprinzip	183
b) Verstoß gegen Art. 103 Abs. 2 GG	184
aa) Reichweite des Anwendungsbereichs des Art. 103 Abs. 2 GG – die Bedeutung des Begriffs „Strafbarkeit“	184
bb) Reichweite der Anforderungen des Art. 103 Abs. 2 GG – die Bedeutung des Begriffs „gesetzlich“	190
cc) Konsequenzen für die Relevanz von Rechtsverordnungen	193
c) Verstoß gegen Art. 104 Abs. 1 S. 1 GG	193
d) Insbesondere: Rückverweisungsklauseln	193
2. Kommunale Satzungen	195
3. Verwaltungsakte	196
a) Nichtigte Verwaltungsakte	197
b) Sonst rechtswidrige begünstigende Verwaltungsakte	198
aa) Meinungsstand vor dem 2. UKG	198
bb) Meinungsstand nach dem 2. UKG	199
cc) Stellungnahme	199

c) Sonst rechtswidrige belastende Verwaltungsakte . . . . .	201
aa) Strenge Verwaltungsaktsakzessorietät . . . . .	201
bb) Materielle Verwaltungsrechtsakzessorietät . . . . .	202
cc) Deliktsspezifische Auslegung . . . . .	203
dd) Stellungnahme . . . . .	203
4. Verwaltungsvorschriften . . . . .	204
a) Meinungsspektrum . . . . .	204
b) Stellungnahme . . . . .	208
5. Gerichtliche Entscheidungen . . . . .	209
6. Verwaltungsverträge . . . . .	209
III. Sanktionsnormbezogene Verweisungen auf Unionsrecht unter dem Gesichtspunkt des Parlamentsvorbehalts gem. Art. 103 Abs. 2 GG . . .	211
IV. Kompetenzbezogene Akzessorietätsbegrenzungen bei Verweis auf Regelungen Privater . . . . .	212
1. Bundesstaatsprinzip . . . . .	213
2. Gewaltenteilung . . . . .	213
3. Demokratieprinzip . . . . .	214
4. Art. 92 GG . . . . .	215
5. Stellungnahme . . . . .	215
V. Bestimmtheitsgebot . . . . .	218
1. Kettenverweisung . . . . .	218
2. Verweis auf prinzipienorientierte Regelungen . . . . .	221
3. Bestimmtheit bei EU-Rechtsakten . . . . .	222
a) Quelle und Maßstab der Bestimmtheitsanforderungen . . . . .	223
b) Konsequenzen für die einzelnen Problembereiche . . . . .	224
aa) Auffindbarkeit des Verweisungsobjekts . . . . .	224
bb) Berücksichtigung aller Sprachfassungen . . . . .	224
cc) Übernahme des Gemeinschaftsrechts durch den Vertrag von Lissabon . . . . .	226
dd) Kettenverweisungen auf EU-Recht und innerhalb des EU- Rechts . . . . .	227
4. Auffindbarkeit bei Verweisung auf private Regelungen . . . . .	227
a) Verträge und Satzungen . . . . .	228
b) Tarifverträge . . . . .	228
c) Technische Normen . . . . .	228
aa) Verfassungsrechtlicher Maßstab . . . . .	228
bb) Anwendung dieser Anforderungen auf technische Normen . . . . .	230
(1) Deutsche Sprache . . . . .	230
(2) Publikationsorgan . . . . .	230
(3) Fundstellenangabe . . . . .	231
(4) Kostenpflicht und Urheberrecht der Normerstellers . . .	231
cc) Relativierung im Bereich des Wirtschafts(straf)rechts . . . .	232
5. Verschleifungsverbot . . . . .	233



VI. Das sog. „Analogieverbot“ .....	233
1. Direkte Normverweisungen .....	234
2. Offene Generalverweisungen .....	234
a) „Rechtsvorschriften“ .....	234
b) „Recht der Europäischen Gemeinschaften“ .....	235
3. Einzelbegriffe .....	236
a) Legaldefinitionen .....	236
b) Richtlinienkonforme Auslegung .....	236
VII. Rückwirkungsverbot und lex mitior-Grundsatz .....	236
1. Überblick über die allgemeinen Grundstrukturen der zeitlichen Geltung im Strafrecht .....	237
2. Bedeutung im Akzessorietätskontext .....	238
a) Das Rückwirkungsverbot im engeren Sinne .....	238
aa) Sanktionsnorm .....	238
bb) Verhaltensnorm .....	238
(1) Formelle Gesetze und Rechtsverordnungen .....	238
(2) Rückwirkende Aufhebung behördlicher Genehmigungen .....	239
(3) Anfechtung privat- und öffentlich-rechtlicher Verträge .....	241
b) Der lex mitior-Grundsatz .....	243
aa) Die Stellung des lex mitior-Grundsatzes in der Rechtsordnung .....	243
bb) Die Anwendung des lex mitior-Grundsatzes bei Änderungen der außerstrafrechtlichen Bezugsnorm .....	244
(1) Beschränkung des lex mitior-Grundsatzes auf die Strafnorm (RGSt) .....	244
(2) Generelle Geltung des späteren Rechts (Tiedemann) ..	245
(3) Differenzierung nach Absicherung von Gehorsam oder Regelungseffekt (Jakobs u.a.) .....	245
(4) Differenzierung zwischen normativen Tatbestandsmerkmalen und Blankettmerkmalen I (Hasemer, Kargl) ...	246
(5) Differenzierung zwischen normativen Tatbestandsmerkmalen und Blankettmerkmalen II (Schuster) .....	247
(6) Vorhandensein einer Ermächtigungsnorm (Dannecker) .....	247
(7) Stellungnahme .....	247
cc) Anwendung des lex mitior-Grundsatzes bei Änderung von untergesetzlichen Normen .....	249
(1) Spätere Aufhebung eines belastenden (rechtswidrigen) Verwaltungsakts .....	249
(2) Nachträgliche behördliche Genehmigung .....	252
(3) Privatrechtliche Rechtsänderungen .....	253

dd) Zwischengesetze . . . . .	253
ee) Zeitgesetze . . . . .	253
ff) Sonstige Ausnahmeregelungen zum lex mitior-Grundsatz . . . . .	254
gg) Besonderheiten im Zusammenhang mit Unionsrecht . . . . .	254
VIII. Verbot strafschärfenden und strafbegründenden Gewohnheitsrechts . . . . .	255
1. Konsequenzen für den zugrunde gelegten Begriff des Wirtschaftsstrafrechts – Zur Berücksichtigungsfähigkeit von Handelsbräuchen im Strafrecht . . . . .	255
2. Der Unterscheid zwischen faktischer Übung und privater Normierung – ein Widerspruch zu Lasten des Betroffenen? . . . . .	256
IX. Unschuldsvermutung . . . . .	257
X. Einfachgesetzliche Akzessorietätsbegrenzungen . . . . .	258
1. Akzessorietätsbegrenzung durch unterlassene Akzessorietätsbegründung im Gesetzestext? – § 330a StGB . . . . .	258
2. Einfachgesetzliche Beschränkung des Akzessorietätsumfangs . . . . .	259
3. Rechtsmissbrauchsklauseln . . . . .	260
a) Grundsätzliche Problematik . . . . .	260
b) Die einzelnen Rechtsmissbrauchsklauseln . . . . .	261
c) Zulässigkeit der Rechtsmissbrauchsklauseln . . . . .	262
d) Abschließende Sonderregelungen oder deklaratorische Ausprägung eines allgemeinen Rechtsgrundsatzes? . . . . .	263
e) Exkurs: Reichweite des § 330d Abs. 1 Nr. 5 StGB . . . . .	264
XI. Strafrechtsdogmatische Akzessorietätsbegrenzungen . . . . .	265
1. Schutzzweck der Norm . . . . .	266
a) Rechtsgutsverschiebung beim Abrechnungsbetrug . . . . .	266
b) Rechtsgüterschutz im Umweltstrafrecht . . . . .	267
aa) Materielle Genehmigungsfähigkeit . . . . .	269
bb) Nichtige Genehmigung . . . . .	270
cc) Rechtswidriger, aber nicht nichtiger Verwaltungsakt . . . . .	271
c) Kreis der tauglichen Anknüpfungspflichten bei § 258 StGB . . . . .	271
2. Deliktstypus – Verletzungs- und Gefährdungsdelikte . . . . .	272
a) Konkrete Gefährungsdelikte . . . . .	272
b) Abstrakte Gefährungsdelikte . . . . .	273
c) Zwischenergebnis . . . . .	274
3. Unterlassungsdelikte – § 13 StGB . . . . .	274
4. Verhältnismäßigkeitsprinzip/Ultima ratio-Grundsatz . . . . .	275
B. Anwendungsbereich und Folgen einer Akzessorietätsbegrenzung . . . . .	277
C. Zusammenfassung der Ergebnisse des dritten Teils . . . . .	279

**Teil 4**

**Prozessuale Aspekte der Akzessorietät**

A. Präliminarien zum Verhältnis von materiellem Strafrecht und Strafprozessrecht . . . . .	283
I. Akzessorietät des materiellen Strafrechts zum Strafprozessrecht? . . . . .	284
II. Akzessorietät des Strafprozessrechts zum materiellen Strafrecht? . . . . .	285
B. Die Befugnis des Strafrichters zur Klärung außerstrafrechtlicher Vorfragen . . . . .	287
I. Grundsatz: Eigene Entscheidungsbefugnis des Strafrichters . . . . .	287
II. Verwerfungskompetenz des Strafrichters bei Verwaltungsakten . . . . .	288
III. Besonderheiten bei verfassungs- und unionsrechtswidrigen Gesetzen . . . . .	289
IV. Revisibilität der Auslegung außerstrafrechtlichen Rechts . . . . .	289
C. Die Feststellung außerrechtlicher Normen . . . . .	290
I. Handhabung im Zivil- und Verwaltungsprozess . . . . .	290
II. Übertragung dieser Grundsätze auf den Strafprozess . . . . .	290
D. Die Wirtschaftsstrafkammern . . . . .	291
I. Erster Reformvorschlag: Beiziehung von Fachschöffen . . . . .	291
II. Zweiter Reformvorschlag: Anpassung des Zuständigkeitsbereichs der Wirtschaftsstrafkammer . . . . .	292
III. Dritter Reformvorschlag: Verpflichtende Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften und entsprechende personelle Ausstattung der Polizei . . . . .	294
IV. Exkurs: Keine Notwendigkeit der Einrichtung eines speziellen Wirtschaftsstrafsenats beim BGH . . . . .	295
E. Zusammenfassung der Ergebnisse des vierten Teils . . . . .	295

**Teil 5**

**Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse**

A. Das Wesen und die Akzessorietät des Wirtschaftsstrafrechts . . . . .	297
B. Beispielhafte Anwendung der entwickelten Grundsätze . . . . .	298
I. Der Einfluss von DIN-Normen auf das Strafrecht . . . . .	299
1. Allgemeines zu DIN-Normen . . . . .	299
2. Die Berücksichtigungsfähigkeit von DIN-Normen im Strafrecht . . . . .	299
a) Dynamische Verweisungen auf DIN-Normen . . . . .	300
b) Statische Verweisungen auf DIN-Normen . . . . .	300
c) Einbeziehung über Technik-Klauseln . . . . .	301
aa) Die allgemein anerkannten Regeln der Technik . . . . .	301
bb) Der Stand der Technik . . . . .	302
cc) Der Stand von Wissenschaft und Technik . . . . .	302
3. Zusammenfassung . . . . .	303

II. Der Einfluss der Deutschen Corporate Governance Kodex auf das Strafrecht . . . . .	303
1. Allgemeines zum Deutschen Corporate Governance Kodex . . . . .	303
2. Die Relevanz des Deutschen Corporate Governance Kodex im Rahmen des Untreuetatbestandes . . . . .	304
a) Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex als taugliche Verhaltensnormen des § 266 StGB? . . . . .	304
aa) Rechtliche Qualität des Deutschen Corporate Governance Kodex . . . . .	305
bb) Verfassungsrechtliche Aspekte . . . . .	305
(1) Verfassungsrecht als Prüfungsmaßstab . . . . .	305
(2) Vereinbarkeit mit dem Demokratieprinzip . . . . .	305
(3) Vereinbarkeit mit dem rechtsstaatlichen Bestimmtheitsgrundsatz – Publizitätserfordernis . . . . .	306
(4) Zwischenergebnis . . . . .	306
cc) Strafrechtsdogmatisches Erfordernis der Schutzzweckidentität . . . . .	307
b) Begrenzungen durch die Sanktionsnorm . . . . .	307
3. Zusammenfassung . . . . .	307
<i>Literaturverzeichnis</i> . . . . .	309
<i>Stichwortverzeichnis</i> . . . . .	361